



# PARTEITAG SPD DÜSSELDORF

mit NRW-Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans

Freitag, 15. April 2016; ab 17.00 Uhr

Geschwister-Scholl-Gymnasium

Unterlagen mit  
**Anträgen** und  
Gremienbesetzungen

## Beschlüsse

**EIN STARKER STAAT**

**BRAUCHT STARKE**

**FINANZEN**

**EIN STARKER STAAT BRAUCHT STARKE FINANZEN**

**EINLADUNG PARTEITAG SPD DÜSSELDORF 15. APRIL 2016 AB 17.00 UHR**

7.3.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Gesellschaft driftet auseinander: Heute verfügt die Hälfte der Haushalte nur über ein Prozent des gesamten Vermögens, während die reichsten zehn Prozent die Hälfte des Vermögens besitzen. In unserer Gesellschaft geht das gemeinsame WIR verloren. Alle Menschen in unserem Land - egal welcher Herkunft, Religion, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte - brauchen faire Chancen auf Bildung, Arbeit, bezahlbaren Wohnraum und die Möglichkeit zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe.

Dazu brauchen wir eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik. Starke Schultern können und müssen mehr tragen als schwache. Sozial gerechte Politik ist nur möglich, wenn Bund, Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das gilt in besonderer Weise für die kommunale Daseinsvorsorge. Zu ehrlichem und solidem Haushalten gehört aber auch, zu sagen: Wir können uns nicht alles leisten. Deshalb müssen wir Prioritäten setzen. Was muss auf welcher Ebene geschehen, damit wir die Lasten gerechter verteilen und mehr für Bildung, Infrastruktur und Kommunen getan wird? Das bedeutet Zukunft.

**Parteitag der SPD Düsseldorf**

**„EIN STARKER STAAT BRAUCHT STARKE FINANZEN“**

**u.a mit NRW-Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans**

**Freitag, 15. April 2016 ab 17.00 Uhr**

**Geschwister-Scholl-Gymnasium, Redinghovenstraße 41, 40225 Düsseldorf**

Diskutieren Sie mit uns. Wir laden Sie herzlich zu unserem Parteitag ein.

Mit besten Grüßen

**Andreas Rimkus**

- Vorsitzender -

**Günter Freitag**

- Geschäftsführer -

# Tagesordnung

## **1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages**

Wahl des Parteitagspräsidiums  
Beschluss über die Geschäftsordnung  
Beschluss über die Tagesordnung  
Wahl der Mandats- und Zählkommission  
Wahl der Antragskommission

## **2. Grußwort: Thomas Geisel – Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf**

## **3. „EIN STARKER STAAT BRAUCHT STARKE FINANZEN“ NRW-Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans**

## **4. Antragsberatung zum Thema Steuer- und Finanzpolitik**

## **5. Nachwahlen Parteivorstand**

## **6. Beratung und Beschlussfassung über weitere Anträge**

## **7. Schlusswort**

**Antragsschluss ist der 1. April 2016.**

# Gremienbesetzung

## **Präsidium (Treffpunkt 16.30 Uhr auf Parteitag)**

Leitung des Parteitages: Jessica Dedic  
stellv. Leitung des Parteitages: Dirk Jehle  
Schriftführung: Thomas Gestrich

## **Mandatsprüfung (Treffpunkt 16.30 Uhr auf Parteitag)**

OV im Stadtbezirk 7: Sebastian Wuwer  
OV Unterbach: Elke Gessner  
OV Vennh.-Freiheit-Tannenhof: Mert Karaoglan  
OV Wersten: Hakim El Ghazali

## **Zählkommission 1**

OV Wittlaer-Kalkum: Claudia Bednarski  
OV Benrath: Claudia Tietze  
OV Bilk: Johanna Boltz

## **Zählkommission 2**

OV Nord: Sebastian Krüger  
OV Mitte-Nord: Ulrich Kaupschäfer  
OV Düsseltal-Flingern: NN  
OV Eller: Silvia Hirsch

## **Antragskommission (Sitzung der AK, Dienstag 12.4 um 17.30 Uhr, Parteihaus)**

Die Antragskommission stimmt über Empfehlungen zu den vorliegenden Anträgen ab. Die Empfehlungen werden dem Parteitag schriftlich zur Kenntnis gegeben. Der Antragskommission gehören an:

## **Ein Mitglied des UB-Vorstandes**

Peter Rasp

## **Ein Mitglied des Vorstandes des UB-Ausschusses**

Dirk Jehle

## **5 Vertreter(innen) der Ortsvereine**

OV Hennekamp: Oliver Müller  
OV Lierenfeld: Burkhard Albes  
OV Oberbilk: Heiko Jandel  
OV Oberkassel-Niederk.: Frank Bednorz  
OV im Stadtbezirk 6: Dorothea Düsedau

sowie mit beratender Stimme ein(e) Vertreter(in) des vorgeschlagenen Präsidiums des Parteitages, je ein(e) Vertreter(in) der Arbeitsgemeinschaften

ASF: Claudia Bednarski  
Jusos: David Miga

# BESCHLÜSSE

**Parteitag der SPD Düsseldorf**

**„EIN STARKER STAAT BRAUCHT STARKE FINANZEN“**

**u.a. mit NRW-Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans**

**Freitag, 15. April 2016 ab 17.00 Uhr**

**Geschwister-Scholl-Gymnasium, Redinghovenstraße 41, 40225 Düsseldorf**

# 1 Antrag 1

2

3 **Antragsteller:** SPD Düsseldorf - UB-Vorstand

4 **Adressat:** -Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im EP, SPD-Ratsfraktion, Parteikonvent

5 - beschlossen -

6

## 7 FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT UND MEHR FINANZPOLITISCHE 8 VERNUNFT IN DEUTSCHLAND!

9

10 Der Kampf für mehr Steuergerechtigkeit ist ein Markenzeichen sozialdemokratischer Politik. Mit zahlreichen  
11 erfolgreichen Maßnahmen und Initiativen haben wir wichtige Beiträge für mehr Steuergerechtigkeit geleistet.  
12 Dies gilt es fortzusetzen und weiter zu intensivieren; denn fehlende Steuergerechtigkeit schadet dem  
13 Zusammenhalt der Gesellschaft!

14 Die Sozialdemokratie muss im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit und die Realisierbarkeit ihrer gesellschafts-,  
15 sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen sowie vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus den Armuts-  
16 und Reichtumsberichten der verschiedenen staatlichen Ebenen weiterhin die Verteilungsfrage stellen.  
17 Vermögen und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand sind in Deutschland ungerecht verteilt.  
18 Neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie nachfrageorientierten Tarifergebnissen der Tarifparteien  
19 steht der Staat im Rahmen seiner Steuer- und Finanzpolitik in der Verantwortung Reichtum umzuverteilen, um  
20 so einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit, aber auch einen Beitrag für ausreichende und volkswirtschaftlich  
21 sinnvolle Investitionen in die öffentliche Infrastruktur leisten zu können.

22 Steuerhinterziehung, die Ausnutzung von Steuerschlupflöchern und eine ungerechte Verteilung der  
23 Steuerlasten führen zu Mindereinnahmen bei Bund, Land und Kommunen in Milliardenhöhe. Diese Mittel  
24 fehlen für notwendige Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie für notwendige Maßnahmen für mehr  
25 soziale Gerechtigkeit. Sie fehlen bei der Modernisierung von Schulen, beim Bau von Kindertageseinrichtungen,  
26 bei der Finanzierung von Lehrkräften und der Schulsozialarbeit, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei  
27 Maßnahmen zur Integration und der Sanierung von Straßen und Brücken. Die von Bundeswirtschaftsminister  
28 Gabriel eingesetzte Fratzscher-Kommission hat auf zugleich beeindruckende wie erschreckende Weise  
29 festgestellt, dass die Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors eine signifikante Gefahr für Wohlstand und  
30 Prosperität in der Zukunft ist. Wenn der Staat heute an vielen Stellen nicht mehr in der Lage ist, die Substanz  
31 von Infrastruktur zu erhalten, dann sind Wertverlust und damit die Enteignung des Gemeinwesens und der  
32 Bürgerinnen und Bürger die Folge.

1 Dort, wo in der Vergangenheit steuer- und fiskalpolitische Fehler begangen wurden, die zu einem strukturellen  
2 Einnahmeverlust des öffentlichen Sektors geführt haben und damit die Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens  
3 reduziert haben, müssen Fehlentwicklungen konsequent korrigiert werden.

4 Die Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors macht verschiedene politische Maßnahmen und Optionen  
5 notwendig. Zum einen geht es um die gerechte Gestaltung der Steuererhebung und die Höhe von  
6 Steuersätzen, zum anderen geht es um die Frage nach der Verfolgung und der konsequenten Reduzierung von  
7 Steuerhinterziehung. Als Drittes geht es bei dem Thema „Finanzielle Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens“  
8 zudem um die Frage, welche Rolle die Kreditfinanzierung spielen darf. Diese Fragen stehen in einem direkten  
9 Zusammenhang. Wenn das Gemeinwesen handlungsfähig sein soll, schließen sich zwei Positionen hierbei  
10 jedoch logisch und real aus: Die Vorstellung, keine gerechte Gestaltung des Steuersystems vorzunehmen und  
11 das gleichzeitige Verbot der Kreditfinanzierung zur Gestaltung von öffentlichen und zudem wertbildenden  
12 Investitionen.

13 Die bundesdeutsche Diskussion um die sogenannte Schuldenbremse zeichnet sich oftmals durch eine  
14 unreflektierte Sicht auf einfachste ökonomische Zusammenhänge aus. Zu den Grundlagen der sozialen  
15 Marktwirtschaft gehört es, dass Privatpersonen, Unternehmen und auch der Staat und die Kommunen bei  
16 Bedarf Geld anlegen oder sich Geld leihen können, um damit zu wirtschaften. Ziel einer funktionierenden  
17 Marktwirtschaft ist es gerade, dass durch kluges Wirtschaften neues verfügbares Kapital generiert wird, das  
18 dann seinerseits möglichst sinnvoll verwendet und/oder nachhaltig angelegt werden soll. „Sinnvoll“ und  
19 „nachhaltig“ sind in diesem Sinne insbesondere Investitionen in die Realwirtschaft und in Bildung und  
20 Infrastruktur. Die Auswüchse der sogenannten „Finanzindustrie“, die ab 2008 zu der weltweiten Finanz- und  
21 Wirtschaftskrise geführt haben, zeigen als abschreckendes Beispiel wohin es führt, wenn stattdessen in immer  
22 neue Kapitalprodukte investiert und immer windigere Geschäftsmodelle entwickelt werden. Vor diesem  
23 Hintergrund ist es völlig falsch, wenn bei der Suche nach möglichst sinnvollen Anlagemöglichkeiten für  
24 überschüssiges Kapital ausgerechnet der Staat prinzipiell ausscheiden soll. Denn er ist in Form von  
25 Staatsanleihen nicht nur ein wichtiger Nachfrager auf dem Kapitalmarkt, sondern zugleich auch der Garant für  
26 den Erhalt der Infrastruktur, für Investitionen in Bildung und für eine gerechte Sozialpolitik.

27  
28 Es erscheint zudem unglaublich, wenn hier bei uns in Deutschland Schulden der öffentlichen Hand verboten  
29 werden, regierungsamtliche Prognosen zum Wirtschaftswachstum jedoch ausdrücklich eine Verschuldung der  
30 Staaten im Ausland beinhalten und vorsehen, um durch einen deutschen Handelsbilanzüberschuss das  
31 Wachstum im Inland ankurbeln zu wollen. Diese Politik ist geprägt von der Ideologie des schlanken und nicht  
32 mehr handlungsfähigen Staates, eines „Suppenküchenstaates“. Bei der Diskussion um die Schuldenbremse ist  
33 für uns die zentrale Frage, wie der Staat die Einnahmen erhalten und generieren kann, die er zur Finanzierung  
34 seiner notwendigen Aufgaben, insbesondere für den Erhalt der Infrastruktur, benötigt. Es bedarf darum einer

1 Diskussion über eine „Verwahrlosungsbremse“ in Deutschland. Für uns steht fest: Wir brauchen mehr  
2 Gerechtigkeit in der und durch die Finanzpolitik.

3 Die Frage nach Steuergerechtigkeit ist auch dadurch geprägt, dass viele Menschen den Eindruck gewinnen,  
4 immer wenige ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler tragen die Lasten alleine, während sich immer  
5 mehr der angemessenen Beteiligung an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben entziehen. Die aktuellen  
6 Enthüllungen der „Panama Papers“ zeigen einmal mehr das erschreckende Ausmaß auch an internationalen  
7 Verflechtungen mit dem einzigen Ziel, Geldströme zu verdecken und so das Gemeinwesen hinters Licht zu  
8 führen und ihr hohe Steuerzahlungen vorzuenthalten. Dem gilt es entschlossen entgegenzuwirken.

9 Notwendig sind die konsequente Verfolgung aller Formen von Steuerhinterziehung, die konsequente  
10 Bekämpfung von Steuerumgehung durch die Schließung von Steuerschlupflöchern und die Austrocknung von  
11 Steueroasen, sowie die konsequente Umsetzung einer gerechten Verteilung der Steuerlasten.

12

### 13 **Steuerhinterziehung konsequent verfolgen**

14 Nach Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft werden jährlich mindestens 30 Milliarden Euro an  
15 Steuern hinterzogen. Dies ist nicht hinnehmbar und muss weiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln  
16 bekämpft werden. Beispielsweise wurden „trickreiche“ Betrügereien, wie die Erstattung von  
17 Kapitalertragssteuern, die gar nicht gezahlt wurden (Cum-Ex-Geschäfte), viel zu lange hingenommen.

18 Außerdem muss die Rolle von Banken beim Aufbau eines Systems zur Verschleierung von Geldtransfers kritisch  
19 hinterfragt werden. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden Banken zu sanktionieren, die sich an  
20 dubiosen Geschäften beteiligen. NRW hat bereits vor Jahren Vorschläge zur Einführung eines umfassenden  
21 Unternehmensstrafrechts gemacht, welches weitreichende Sanktionsmöglichkeiten bieten würde. Diese  
22 Bemühungen gipfelten in einer Gesetzesinitiative des Bundesrates, welche die Sanktionierung von Banken, die  
23 entsprechende Praktiken unterstützen, ermöglichen sollte und als schärfstes Instrument auch die Entziehung  
24 der Lizenz von Banken vorsah. Leider ist die Initiative bisher vom Bundestag nicht aufgegriffen worden, obwohl  
25 sie ein wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen illegale Geschäftspraktiken wäre.

26 Wir fordern

- 27 • einen umfassenden internationalen Datenaustausch, der verhindert, dass Einkünfte im Ausland
- 28 versteckt werden können,
- 29 • den Erwerb von Datenträgern mit den Bankdaten von Steuerhinterziehern fortzusetzen,
- 30 • die Verhinderung von Steuerhinterziehung durch technische Manipulationen,
- 31 • eine europäische Obergrenze von Bargeldgeschäften zur Vermeidung von Geldwäsche
- 32 (aber keine Abschaffung von Bargeld),



- 1 • die Einführung eines umfassenden Unternehmensstrafrechts, welches weitreichende  
2 Sanktionsmöglichkeiten bietet, inklusive der Möglichkeit der Entziehung der Banklizenz bei Beihilfe zur  
3 Steuerhinterziehung durch Banken, und
- 4 • eine angemessene Personalausstattung in den für die Steuererhebung, den Steuereinzug, die  
5 Steuerprüfung und die Verfolgung von Steuerstrafsachen zuständigen Behörden.

## 6

### 7 **Schließung von Steuerschlupflöchern und die Austrocknung von Steueroasen**

8 Es ist ein Skandal, dass sich internationale Konzerne damit brüsten, durch „Steuersparmodelle“ kaum Steuern zu  
9 zahlen. Diese Konzerne profitieren in hohem Maße von staatlichen Leistungen, entziehen sich aber bewusst deren  
10 Mitfinanzierung. Solchen Machenschaften muss Einhalt geboten werden: am besten durch internationale, notfalls  
11 aber auch durch nationale Maßnahmen. Zudem gilt es, Steueroasen in und außerhalb der EU auszutrocknen und  
12 gleichzeitig zu verhindern, dass in Deutschland Steueroasen durch fehlende Betriebsprüfungen entstehen. Es gilt, auf  
13 allen Ebenen einen Wettbewerb durch Steuerdumping zu verhindern. {Wes3}

14 Die SPD spricht sich insbesondere dagegen aus, dass Großinvestoren in der Lage sind, Immobilien zu verschieben,  
15 ohne dass hierfür Grunderwerbsteuer fällig wird. Währenddessen müssen Normalbürger, die in NRW ihre erste  
16 Wohnung erwerben, 6,5% Grunderwerbsteuer bezahlen. Diese Ungleichbehandlung führt dazu, dass ausgerechnet  
17 diejenigen, die es sich leisten könnten, Steuern legal vermeiden können. Die steuerlichen Mindereinnahmen führen  
18 dazu, dass das Geld für wichtige Projekte fehlt, und es führt dazu, dass die Steuern für Normalbürger steigen.

19 Wir fordern

- 20 • eine EU-weite Mindestbesteuerung von Unternehmen,
- 21 • die Austrocknung von Steueroasen in und außerhalb der EU,
- 22 • die Verhinderung von Steueroasen innerhalb Deutschlands durch Mindeststandards bei  
23 Steuerprüfungen,
- 24 • Regelungen, die verhindern, dass Einnahmen durch zusätzliche Steuerprüfungen an Länder abgeführt  
25 werden müssen, die auf Steuerprüfungen verzichten,
- 26 • die Verhinderung der Umgehung der Grunderwerbssteuer durch Verkäufe von Grundstücken als Teil  
27 von Unternehmensverkäufen, durch anteilige Erhebung der Grunderwerbssteuer, so dass z. B. ab  
28 Erwerb von 94,9% auch 94,9% der Steuer anfällt.
- 29 • Unternehmensgewinne sind in den Ländern zu versteuern in denen sie erwirtschaftet werden,
- 30 • die schnelle Umsetzung der OECD-Initiative Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) gegen das  
31 grenzüberschreitende Verschieben von Gewinnen in nationales Recht, um die Steuerumgehung durch  
32 Großunternehmen zu verhindern, und

- 1 • eine restriktive Beschränkung des steuermindernden Betriebsausgabenabzugs für Zahlungen an  
2 (Briefkasten-) Firmen, die keine hinreichend aktive Geschäftstätigkeit nachweisen können.  
3

#### 4 **Gerechte Steuerpolitik**

5 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt der Satz, dass wirtschaftlich starke Schultern – auch  
6 und gerade bei der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben – mehr leisten müssen als schwache Schultern.  
7 Dies ist insofern nicht nur sozial sondern auch ökonomisch gerechtfertigt, als dass die öffentliche Infrastruktur  
8 und die Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge eine wichtige Voraussetzung für die Generierung von  
9 Einkommen und Vermögen sind. All dies spricht für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten. Steuern dürfen  
10 nicht einseitig auf durchschnittliche Lohn- und Einkommenssteuerzahler abgewälzt werden, sondern müssen  
11 alle einbeziehen und damit auch alle Einkommensarten. Steuern müssen sich schwerpunktmäßig auf  
12 Einkommen, nicht den Konsum beziehen. Nur dann ist gewährleistet, dass Niedrigeinkommensbezieher nicht  
13 überproportional getroffen werden; denn indirekte Steuern haben eine degressive Wirkung (sinkende  
14 Belastung mit wachsendem Einkommen). Wir wollen insbesondere auf die Besteuerung hoher Erbschaften  
15 nicht verzichten, da Erben keine eigene Leistung ist. Dabei muss ein neues Erbschaftsteuergesetz die Sicherung  
16 der Beschäftigung und die Entwicklung von familiengeführten innovativen Unternehmen im Erbfall im Blick  
17 haben und Ausnahmen bei der Besteuerung zulassen.

18 Zahlreiche öffentliche Subventionsmöglichkeiten sind derzeit in das Steuerrecht eingebunden. Hieraus ergibt  
19 sich eine Schieflage. Je nach Einkommen sind die Steuervorteile unterschiedlich hoch. Mit anderen Worten:  
20 Wer viel verdient, wird überproportional gefördert. Wer wenig verdient, bekommt oft nichts.

21 Zahlreiche gesellschaftliche Aufgaben sind durch die Sozialversicherungen und damit vor allem von  
22 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziert worden. Diesen Trend zu beenden und durch eine gerechte  
23 Verteilung der Steuerlasten zu mehr Steuergerechtigkeit beizutragen, ist in erster Linie Aufgabe des Bundes,  
24 der die Hauptverantwortung für die Steuergesetzgebung trägt.

25 Gleichzeitig ist beispielsweise schon heute in der Rentenpolitik eine Tendenz erkenn- und spürbar, wonach die  
26 Finanzierung von Leistungen der gesetzlichen Rente nicht ohne Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt auskommt.  
27 Angesichts der demographischen Entwicklung aber auch angesichts der dringenden Notwendigkeit, das Niveau  
28 der gesetzlichen Rente wieder signifikant in Richtung 50 Prozent zu erhöhen, um Armutsrenten zu vermeiden,  
29 ist eine gute und solide Einnahmehasis des Staates Voraussetzung für eine gerechte und zukunftsfähige Politik.

30 Die SPD ist keine Partei, die die Steuererhöhung oder die Steuersenkung zur Ideologie macht: Sie versteht sich  
31 als die Partei, die die staatlichen Ausgaben, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar sind,  
32 sozial gerecht und ohne übermäßige Belastungen künftiger Generationen solide finanzieren will. Wir wollen  
33 mit Steuern unsere Gesellschaft gemeinwohlorientiert und vernünftig gestalten.

## 1 Wir fordern

- 2 • eine stärkere Beteiligung hoher Vermögen an der Finanzierung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben  
3 durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder eine Vermögensabgabe zur Finanzierung von  
4 Bildungsaufgaben,
- 5 • die Abkehr von der pauschalen Besteuerung (Abgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent) und der damit  
6 einhergehenden Privilegierung von Bezieherinnen und Beziehern von Kapitalerträgen mit einem hohen  
7 Einkommen bei der Besteuerung von Kapitalerträgen und die Wiederanwendung der progressiven  
8 Besteuerung von Kapitalerträgen,
- 9 • die Überprüfung von reduzierten Mehrwertsteuersätzen und die Abschaffung von ungerechtfertigten  
10 Steuerprivilegien wie zum Beispiel für Hotels („Mövenpicksteuer“),
- 11 • eine gerechte und verfassungssichere Besteuerung hoher und höchster Erbschaften,
- 12 • eine Entlastung geringer und mittlerer Einkommen unter anderem durch Abschaffung der kalten  
13 Progression, die durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 48 Prozent refinanziert  
14 wird,
- 15 • ein Wechsel von steuerrelevanten Subventionen zu direkten Förderungen und
- 16 • die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die spekulative Finanzgeschäfte besteuert und diese  
17 volkswirtschaftlich kontraproduktiven Spekulationen unattraktiv macht.

18

## 19 **Kommunale Daseinsvorsorge**

20 Die Kommunen in Deutschland leiden seit Jahrzehnten unter einer dramatischen, strukturellen  
21 Unterfinanzierung. Immer mehr Aufgaben sind durch die Länder und den Bund auf die Kommunen übertragen  
22 worden, ohne dass diese mit den entsprechenden Finanzmitteln zur Erfüllung dieser Aufgaben ausgestattet  
23 worden sind. Die gilt insbesondere für die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge (Schulen, Mobilität,  
24 Wohnungsbau).

25 Die meisten Städte, Kreise und Gemeinden sind hierdurch in eine Verschuldungsfalle geraten, aus der sie sich  
26 nicht mehr aus eigenen Kräften befreien können. Deshalb ist eine Reform der Finanzierung kommunaler  
27 Aufgaben unausweichlich. Das muss der Bund, der die wesentlichen Entscheidungen im Bereich der  
28 Steuerpolitik trifft, gemeinsam mit den Ländern sicherstellen. Die Kommunen dürfen nicht in den  
29 Wirkungsbereich der Schuldenbremse von Bund und Ländern einbezogen werden. Gerade deshalb treten wir  
30 für die Aufhebung der Schuldenbremse im Grundgesetz ein.

31 Auch die Stadt Düsseldorf bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont. Die sogenannte „Schuldenfreiheit“ ist  
32 schon seit Jahren eine rein definitorische Frage. Seit 2010 sind die Rücklagen der Stadt Jahr für Jahr

1 kontinuierlich abgeschmolzen. Erstmals konnte in diesem Jahr die Liquidität des städtischen Haushaltes nicht  
2 mehr durch Rückgriff auf Finanzmittel der Holding sichergestellt werden.

3 Im Vergleich zu anderen Kommunen steht Düsseldorf immer noch gut da. Zu Panik besteht nach wie vor  
4 keinerlei Anlass. Trotzdem stellen wir fest, dass die finanziellen Spielräume der Stadt deutlich geringer  
5 geworden sind. Deshalb gilt auch für Düsseldorf die Forderung nach einer auskömmlichen finanziellen  
6 Ausstattung.

7 Unsere zentralen kommunalpolitischen Projekte stehen dennoch nicht zu Disposition, denn eine wachsende  
8 Stadt braucht Entwicklung und verträgt keinen Stillstand. Insbesondere Preiswerter Wohnungsbau,  
9 bedarfsgerechter Ausbau der Schullandschaft, Förderung einer zukunftsorientierten urbanen Mobilität, die  
10 Umsetzung der Bäderkonzepte und die Weiterentwicklung unserer Stadtteile stellen uns vor große  
11 Herausforderungen und erfordern erhebliche finanzielle Anstrengungen.

12 Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle des städtischen Haushaltes. Diese ist im Vergleich zum  
13 Gesamthaushalt signifikant höher als in den meisten anderen deutschen Städten.

14 Gewerbesteuererhöhungen, die viele Kommunen notgedrungen vorgenommen mussten, haben nicht den  
15 gewünschten Effekt erzielt. Hinzu kommt der gegenläufige Effekt, dass andere Kommunen die Senkung der  
16 Gewerbesteuerhebesätze als Mittel der Wirtschaftsförderung einsetzen. Damit wird die Gewerbesteuer zu  
17 einer kommunalen Wettbewerbssteuer. Dieser Trend schadet auf Dauer allen Kommunen.

18 Deshalb sehen wir für Düsseldorf bei der Gewerbesteuer zurzeit keinen Veränderungsbedarf. Dies gilt im  
19 Grundsatz auch für die zweite wichtige städtische Steuer, die Grundsteuer. Hierbei ist zusätzlich zu  
20 berücksichtigen, dass diese im Wesentlichen durch Mieterinnen und Mieter getragen wird.

21

## 1 **Antrag 2**

2  
3 **Antragsteller:** AfA Düsseldorf

4 **Adressat:** SPD Unterbezirksvorstand, SPD Ratsfraktion, SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion

5 **- abgelehnt -**

## 8 **KOMMUNALE DASEINSVORSORGE UND SCHULDENBREMSE**

### 10 **Die SPD in Düsseldorf**

- 11 • **sagt Nein zu jedem Stellenabbau bei der Stadtverwaltung,**
- 12 • **fordert die umgehende Besetzung aller freien Stellen und**
- 13 • **tritt ein für die Aufhebung der Schuldenbremse**

### 14 **Begründung:**

15 Seit einigen Monaten wird in der Düsseldorfer Stadtverwaltung über das »Konzept Verwaltung 2020«  
16 diskutiert. Die Amts- und Institutsleitungen wurden aufgefordert zu skizzieren, wie sie vorgehen würden, wenn  
17 ihre Bereiche ab sofort 20% weniger Personal hätten.

18 Begründet wird dies durch OB Geisel mit der Annahme, dass in den nächsten Jahren mehr Beschäftigte der  
19 Stadtverwaltung in Rente gehen würden, als Neueinstellungen möglich wären. Inzwischen gibt es Hinweise  
20 darauf, dass im Bereich des Gesundheitsamtes privatisiert und ausgegründet werden soll. Dementgegen stehen  
21 die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Stadtverwaltung und die berechtigten Ansprüche der  
22 Düsseldorfer Bevölkerung an eine funktionierende und leistungsfähige Stadtverwaltung.

23 Bereits jetzt sind 1.000 Stellen seit Jahren nicht besetzt. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschärfen  
24 sich kontinuierlich, zugleich drohen Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllt zu werden und dies angesichts eines  
25 bemerkenswerten Bevölkerungszuwachses.

26 Nach wie vor liegt der Verdienst der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, also auch in der Stadtverwaltung der  
27 Landeshauptstadt, rund zehn Prozent unter dem Niveau der Tarifverträge für vergleichbare Tätigkeiten im  
28 Bereich der Industrie. Diese Entwicklung herrscht kontinuierlich seit der Kahlschlagpolitik der Regierung Kohl  
29 und ihrer Auswirkungen auf kommunaler Ebene bis zum Diktat der Schuldenbremse, das wir heute erleben.

30 Die SPD-Ratsfraktion befindet sich in einer Kooperation mit FDP und Grünen, die sich im April 2014, kurz vor  
31 der Kommunalwahl, die »Schuldenbremse« für Düsseldorf beschlossen haben.

32 Dies kann und darf die SPD aber nicht daran hindern sich für ausreichend Personal und Leistungen der  
33 Stadtverwaltung auszusprechen.

### 34 **Die Position der AfA lautet in diesem Sinne nach wie vor:**

35 Die Interessen der breitesten Teile der Bevölkerung und die Anforderungen unseres Wahlprogramms an die  
36 kommunale Daseinsvorsorge, die kommunale Demokratie und Selbstverwaltung setzen voraus, die  
37 kommunalen Haushalte, auch den Düsseldorfer Haushalt, finanziell so auszugestalten, dass die Kommune ihren  
38 sozialen, infrastrukturellen, kulturellen Verpflichtungen nachkommen kann. Dies geht nur, wenn die Bundes-  
39 und Landeszuweisungen bedarfsentsprechend bereitgestellt werden. Dies ist nicht möglich, wenn die

1 Prioritäten entsprechend der Schuldenbremse darauf ausgerichtet sind, die »Schulden« infolge der  
2 Bankenrettung gegenüber denen zu »tilgen«, die an den Rettungsmaßnahmen infolge der Finanzkrise verdient  
3 haben. Die Sicherung der sozialen, infrastrukturellen, kulturellen Verpflichtungen der Kommunen steht dabei  
4 im Widerspruch zu den Zwängen der »Haushaltskonsolidierung« und den Sparzwängen im Namen der  
5 Schuldenbremse. Die SPD Düsseldorf tritt für die Aufhebung der Schuldenbremse ein, die faktisch zunächst  
6 eine »Steuerbremse« allein im Interesse der Reichen ist. Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat  
7 inzwischen zu jährlichen Einnahmeausfällen für die Kommunen in Höhe von 45 Mrd. Euro geführt. Das  
8 »Argument«, die Schuldenbremse diene der Generationengerechtigkeit ist nicht nur falsch, sondern das  
9 Gegenteil ist richtig. Mit einer Steuersenkungspolitik zu Lasten der Kommunen und der Schuldenbremse  
10 werden zukünftige Generationen mit der Last einer ruinierten Infrastruktur konfrontiert, die sich in Straßen,  
11 Brücken, U-Bahn und ÖPNV aber eben auch in Universitäten, Schulen, der Bildung insgesamt, der sozialen  
12 Infrastruktur, von der Kita über die Kliniken bis zur Altenpflegeeinrichtung u.v.a.m. niederschlägt.

13 Die Sicherung einer kommunalen Daseinsvorsorge und Infrastruktur verlangt, dass die notwendigen  
14 Investitionen in Straßen, Brücken, U-Bahn, Universität, Krankenhäuser etc. heute getätigt werden.

15 Und all dies setzt eine funktionierende und personell adäquat ausgestattete Stadtverwaltung voraus.

16

17

## 1 Antrag 3

2  
3 Antragsteller: OV Bilk

4 Adressat: SPD Ratsfraktion und der Oberbürgermeister

5 - beschlossen -

## 7 „KEIN VERKAUF DES STÄDTISCHEN "TAFELSILBERS“

8  
9 Die SPD Düsseldorf lehnt den Teil- bzw. vollständigen Verkauf von strategisch wichtigen Beteiligungen  
10 insbesondere an Flughafen, SWD, IDR, Rheinbahn, Stadtwerke und Messe zur Finanzierung laufender  
11 Ausgaben und zur Sanierung des Kernhaushalts ab. Davon ausgenommen sind Maßnahmen, die zur Stärkung  
12 strategisch wichtiger Beteiligungen dienen. Zudem spricht sie sich gegen einen Verkauf von städtischen  
13 Grundstücken zur Entwicklung von "Luxuswohnungen" aus. Die SPD Düsseldorf steht zu ihrer bisherigen  
14 Haltung, dass eine Sanierung des städtischen Haushaltes bzw. die Gegenfinanzierung von notwendigen  
15 Investitionen in soziale Infrastruktur nicht mit dem Verkauf des städtischen "Tafelsilbers" gelingen kann.

16 Die SPD Ratsfraktion und der Oberbürgermeister werden aufgefordert entsprechend dieses Beschlusses zu  
17 handeln.

### 18 Begründung

19 Die SPD hat in den letzten Jahren immer wieder den Verkauf von städtischem Besitz zur Haushaltssanierung  
20 abgelehnt. Daher machen wir uns unglaublich, würden wir nun diesen Weg beschreiten. Wir tragen nicht  
21 die Verantwortung dafür, dass die beträchtlichen Rücklagen der Stadt durch eine CDU geführte Ratsmehrheit  
22 zum Stopfen von Haushaltslöchern aufgebraucht wurden.

23 So wie eine Verschuldung im Kernhaushalt für die Ampelpartner Grüne & FDP eine rote Linie darstellt, so gilt  
24 dies für den Verkauf von städtischem Eigentum für die SPD. Wir treten ein für eine starke Stadt. Diese muss  
25 strategisch mit ihren Beteiligungen und ihrem Grundbesitz die eigene Entwicklung vorantreiben. Sie dienen  
26 nicht als Sparschwein zur Finanzierung von notwendigen Investitionen oder der Vermeidung von Darlehen.  
27 Dies muss durch die Ampelpartner akzeptiert werden.

28 Die städtischen Töchter dienen einerseits einer strategischen Stadtentwicklung (Wirtschaftsförderung und  
29 Infrastruktur) und erwirtschaften andererseits auch Gewinne, welche dem städtischen Haushalt zufließen.

30 Wir dürfen durch einen auf den maximalen Ertrag ausgerichteten Verkauf von Grundstücken, den Bau von  
31 Luxuswohnungen nicht auch noch begünstigen. Wir wollen auch weiterhin bezahlbaren Wohnraum in  
32 Düsseldorf schaffen. Dafür wurden wir gewählt. Daher muss eine kostenneutrale Weitergabe von  
33 Grundstücken an die Städtische Wohnungsgesellschaft, Wohnungsbaugenossenschaften und andere  
34 Gemeinnützige Wohnungsgesellschaften – insbesondere auch in den dichter bebauten Innenstadtbezirken –  
35 forciert werden.

36 Der für das Grundstück im Projekt Kö-Bogen II erzielte hohe Verkaufspreis ist ein Beispiel für strategisch  
37 richtige Grundstücksverkäufe. Auch wenn das, was dort entstehen wird durchaus auch kritisch gesehen werden  
38 kann, so ist dem Oberbürgermeister für sein Verhandlungsgeschick ausdrücklich zu danken. Unter einem CDU-  
39 OB wurden solche Grundstücke noch zu Schleuderpreisen an Investoren weitergegeben.

1

2 Die im Kooperationsvertrag vereinbarten Formulierungen ermöglichen eine Umsetzung der dringend  
3 erforderlichen Investitionen über den Zugriff auf städtische Tochtergesellschaften. Dies ist ein für alle  
4 gangbarer Weg, der nun – zum Wohle der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger – auch beschritten werden  
5 sollte. Die dadurch entstehenden dauerhaften Werte gleichen die zuvor erforderlichen Kreditaufnahmen aus.  
6 Kaufmännisches Denken ist an dieser Stelle das richtige Mittel.

7



## 1 Antrag 4

# 4 GRUNDERWERBSSTEUER AUCH FÜR UNTERNEHMEN 5 ANTI-RETT-BLOCKER

7 **Antragsteller:** OV Friedrichstadt

8 **Adressat:** NRW-SPD und Bundes-SPD, SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion

9 **- Erledigt durch Übernahme in Antrag 1 -**

11 **Antragstext:**

13 **Die SPD Düsseldorf setzt sich für eine gerechte Besteuerung und will konkrete Missstände und**  
14 **Steuerumgehungstatbestände beheben. Die SPD- Düsseldorf spricht sich insbesondere dagegen aus, dass**  
15 **Großinvestoren in der Lage sind, Immobilien zu verschieben, ohne dass hierfür Grunderwerbsteuer fällig**  
16 **wird. Währenddessen müssen Normalbürger, die in NRW ihre erste Wohnung erwerben, 6,5%**  
17 **Grunderwerbssteuer bezahlen. Diese Ungleichbehandlung führt dazu, dass ausgerechnet diejenigen, die es**  
18 **sich leisten könnten, Steuern legal vermeiden können. Die steuerlichen Mindereinnahmen führen dazu, dass**  
19 **das Geld für wichtige Projekte fehlt und es führt dazu, dass die Steuern für Normalbürger steigen.**

21 **Die SPD Fraktion im Landtag und Bundestag werden aufgefordert, die Grunderwerbsteuer auch im Rahmen**  
22 **von Transaktionen von grundbesetzenden Gesellschaften anteilig zu erheben. Der derzeitige Weg lädt zu**  
23 **Umgehungen ein.**

25 **Begründung**

27 Wie ich vielfach im persönlichen Gespräch bemängelt habe, ist es ungerecht, dass ausgerechnet  
28 Großinvestoren in der Lage sind, Immobilien zu verschieben, ohne dass hierfür Grunderwerbsteuer fällig wird.  
29 Währenddessen müssen Normalbürger, die in NRW ihre erste Wohnung erwerben, 6,5% Grunderwerbssteuer  
30 bezahlen. Diese Ungleichbehandlung führt dazu, dass ausgerechnet diejenigen, die es sich leisten könnten,  
31 Steuern legal vermeiden können. Die steuerlichen Mindereinnahmen führen dazu, dass das Geld für wichtige  
32 Projekte fehlt und es führt dazu, dass die Steuern für Normalbürger steigen.

34 Die Frustration der Bürger mit der Politik insgesamt hat viel damit zu tun, dass die Einkommens- und  
35 Vermögensschere auseinander geht. Der Normale, hart arbeitende Bürger sieht sich Belastungen ausgesetzt.  
36 Währenddessen entgehen Eigentümer von Großkonzernen ihrer Steuerpflicht. Einiges lässt sich nur  
37 international klären. Es gibt aber auch eine rein deutsche Ungerechtigkeit, die wir angehen können und sollten:

39 **Was ist das Problem?**

40 Die Umgehung der Grunderwerbsteuer ist so üblich, dass sie einen Namen trägt: es geht um sogenannte Real  
41 Estate Transfer Tax Blocker-Modelle (RETT-Blocker).

42 Die Umgehung ist möglich deshalb, weil Grunderwerbsteuer nicht anfällt, wenn weniger als 95% der Anteile an  
43 einer Gesellschaft gekauft werden. Bei konzerninternen Umstrukturierungen, bei denen es nicht zu einem  
44 unmittelbaren oder mittelbaren Wechsel des grundbesitzenden Rechtsträgers oder sonst unmittelbar oder

1 mittelbar mindestens 95 % der Anteile an grundbesitzenden Personen- oder Kapitalgesellschaften kommt  
2 entsteht daher keine Steuerpflicht (siehe Graphik).

3

4 Statt ein Grundstück wie ein Normalbürger es tut, kaufen Investoren daher immer 94,9% der Anteile einer  
5 Gesellschaft, der die Grundstücke gehören. Wer Millionen und Milliarden verschiebt, den stört es nicht, die  
6 Transaktionskosten für die Gründung einer spezialisierten Gesellschaft (z.B. Immobilien-GmbH) in Kauf zu  
7 nehmen um die Grundsteuer zu vermeiden. Für einen Normalbürger besteht diese Umgehungs-Möglichkeit  
8 faktisch nicht, denn die Transaktionskosten stünden außer Verhältnis.

9

#### 10 **Was ist die Lösung?**

11 Weg von der derzeitigen Lösung [binäre Lösung, ganz oder gar nicht: volle Besteuerung bei Erwerb von 95%  
12 oder mehr oder gar keine Besteuerung bei Erwerb von weniger als 95% der Anteile] hin zu einer  
13 verhältnismäßigen Besteuerung: Wer unmittelbar oder mittelbar 94,9% der Anteile an einer grundbesitzenden  
14 Gesellschaft erwirbt, zahlt 94,9% der Grunderwerbssteuer. Wer 50% der Anteile kauft, zahlt 50% der  
15 Grunderwerbssteuer u.s.w.

16

#### 17 **Sollte es eine Bagatellgrenze geben? Ja.**

18 Aus Praktikabilitätsgründen sollte bei börsennotierten Aktiengesellschaften der Verkauf von einzelnen Aktien von  
19 der Regelung ausgenommen werden. Wer innerhalb eines Jahres weniger als 1% der Aktien einer Gesellschaft  
20 erwirbt, muss auch dann keine Grunderwerbssteuer bezahlen, wenn diese Gesellschaft oder die mit ihr  
21 verbundenen Konzernunternehmen grundbesitzend sind.

22

#### 23 **Sollte es weitere Ausnahmen geben? Nein.**

24 Mehr Ausnahmen braucht es nicht. Wer ein Aktienpaket von 1% von BMW oder der Deutschen Bank kauft,  
25 kann sich auch die Grunderwerbssteuer leisten (die ja nur auf die Immobilien anfällt). Auch Ausnahmen für  
26 konzerninterne Umstrukturierungen sollten gut überlegt sein. Die Erfahrung lehrt, dass solche Ausnahmen ein  
27 Einfallstor für findige Umgehungsstrategien sind. Wenn eine Umstrukturierung im Konzern sinnvoll ist, lohnt sie  
28 sich auch, wenn hierfür Grunderwerbsteuer anfällt.

29

#### 30 **Gibt es praktische Hürden? Nein.**

31 Nein. Schon jetzt sind Unternehmen verpflichtet, jährlich in ihren Bilanzen ihr Grundvermögen zu bewerten.  
32 Der Kauf von Aktienpaketen und Unternehmensanteilen von 1% und mehr ist ein seltener Vorfall. Wer  
33 derartige Transaktionen vornimmt, ist ohnehin steuerlich beraten und hat sich über den Immobilienbestand  
34 der Gesellschaft kundig gemacht.

35

#### 36 **Wer ist zum Handeln berufen: Bund und Länder**

37 Die Gesetzgebungskompetenz (konkurrierende Gesetzgebung) gemäß Art. 105 Abs. 2 GG über die  
38 Grunderwerbsteuer hat seit 1983 der Bund. Verwaltungskompetenz (Art. 108 Abs. 2 GG) als auch  
39 Ertragskompetenz (Art. 106 Abs. 2 Nr. 3 GG) haben die Bundesländer.

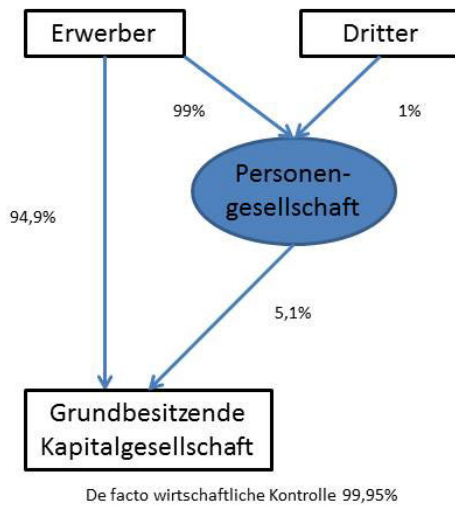
40

#### 41 **Details**

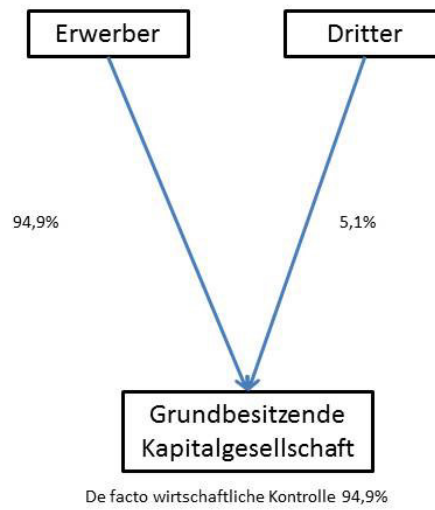
42 Das Problem des RETT-Blocker ist nicht neu, es wurde aber bislang nur halbherzig angegangen. Die  
43 Bundesregierung hat durch das Amtshilferichtlinie- Umsetzungsgesetz vom 26. Juni 2013 den § 1 des  
44 Grunderwerbsteuergesetzes (GrEStG) um den Absatz 3a erweitert. Durch diese Gesetzesänderung sollte  
45 versucht werden Real Estate Transfer Tax Blocker-Modelle alter Art der Besteuerung zu unterwerfen. Allen  
46 interessierten Kreisen, war aber von Anfang an klar, dass diese Vorschrift äußerst leicht zu umgehen ist (siehe

- 1 Graphik).
- 2
- 3 Wer es nachlesen möchte: das Problem steckt in § 1 Abs. 2a, 3, 3a, und 4 GrEStG [https://www.gesetze-im-internet.de/grestg\\_1983/BJNR017770982.html](https://www.gesetze-im-internet.de/grestg_1983/BJNR017770982.html)
- 4
- 5
- 6 Ortsverein Friedrichstadt

### Rett-Blocker (alt)



### Rett-Blocker(neu)



7

8

## 1 Antrag 5

2  
3 **Antragsteller:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressat:** SPD-Ratsfraktion, SPD Düsseldorf

5 **- beschlossen -**

## 8 „SOZIALGERECHTE BODENNUTZUNG IN DÜSSELDORF“

9  
10 **Die SPD-Unterbezirksparteitag Düsseldorf möge die Zielsetzung beschließen, das Handlungskonzept**  
11 **„ZUKUNFT WOHNEN.DÜSSELDORF“ mit einem Konzept für eine „Sozialgerechte Bodennutzung in**  
12 **Düsseldorf“ zu ergänzen.**

### 13 Soziale Ziele

- 14 • Ausreichend Baugrundstücke für den öffentlich geförderten und den förderfähigen Wohnungsbau  
15 • Erleichterter Zugang zum Boden- und Wohnungsmarkt für weite Kreise der Bevölkerung zum Eigentum  
16 • Vermeidung von Verdrängungsprozessen in das Umland  
17 • Verhinderung der Segregation im Quartier  
18 • Angemessene Wohnraumversorgung besonderer Zielgruppen wie z.B. von Menschen mit Behinderungen,  
19 Senioren und Menschen mit Migrationsvorgeschichte.

### 21 Ökonomische Ziele

- 22  
23 • Beschleunigung der Baulandentwicklung  
24 • „Dämpfung“ der Baulandpreise für Wohnen  
25 • Angemessene Beteiligung der Eigentümer und Investoren an der Wertschöpfung unter Teilverzicht auf  
26 Wertsteigerung  
27 • Refinanzierung der Folgekosten  
28 Verhinderung der Entstehung von Baulücken und von Bodenspekulation.

### 30 **Begründung:**

31 Die Attraktivität des Düsseldorfer Immobilienmarktes ist seit Jahren ungebrochen. Dieser „Bauboom“ erreicht  
32 nun ebenfalls die städtischen Grundstücke, die bei einem Verkauf zumeist im Bieterverfahren an den  
33 meistbietenden Investor veräußert werden. Dies führt, wie am Beispiel des Verkaufs des Grundstückes „Kö-  
34 Bogen II“, zu außerordentlich hohen Einnahmen, die dem städtischen Haushalt zu Gute kommen.

35 Jedoch wurde bisher der Nachhaltigkeitsaspekt dieser Einnahmen völlig vernachlässigt.

36 Unter dem Druck der vermeintlichen „Schuldenfreiheit“, der vor allem seitens der FDP aufgebaut wird, werden  
37 diese Einnahmen lediglich dazu verwandt, Haushaltslöcher zu schließen und konsumtive Ausgaben zu decken.

38 Gleichzeitig schrumpft jedoch das Grundstücksportfolio der Stadt Düsseldorf zusehends zusammen, ohne das  
39 Gegenmaßnahmen erwogen oder durchgeführt werden.

40 Dies kann aus Sicht der Jusos Düsseldorf jedoch nicht im Interesse nachfolgender Generationen sein. Auch aus  
41 städteplanerischer Sicht schränkt die Stadt Düsseldorf ihren Gestaltungsspielraum des öffentlichen Raumes,  
42 speziell jedoch im Bereich des Wohnungsbaus, erheblich ein.

- 1 Die Jusos Düsseldorf fordern daher die Einführung eines Konzeptes für eine sozialgerechte Bodennutzung für  
2 Düsseldorf. Folgende Hauptziele sollten dabei verfolgt werden:
- 3 Die Stadt Düsseldorf soll zukünftig im Rahmen ihres Baulandmanagements durch neue Wege der  
4 Baulandbereitstellung das Schaffen von Planungsrechten, deren Umsetzung und – bei vorliegenden  
5 Voraussetzungen - auch die Vergabe von Baugrundstücken aktiv steuern. Sie möchte eine effektivere  
6 Verzahnung von Planung und Planumsetzung schaffen.
- 7 Die Stadt Düsseldorf soll dabei weiterhin auch auf das Engagement und die Einbindung Privater in die  
8 Baulandentwicklung setzen, sofern diese quantitative wie qualitative wohnungsstrukturelle Vorgaben  
9 umsetzen bzw. Bindungen eingehen.
- 10 Die Stadt Düsseldorf verfolgt hierbei mit ihrem Prozess des Baulandmanagements das Ziel, sich auch die  
11 Möglichkeit zu eröffnen, in ausreichendem Umfang und zur richtigen Zeit preiswertes Wohnbauland für alle  
12 Kreise der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.
- 13 Die Stadt Düsseldorf strebt darüber hinaus an, eine gerechte Verteilung der Kosten, die mit der  
14 Baulandentwicklung verbunden sind, zwischen den Planungsbegünstigten und ihr selbst zu erreichen.
- 15 Dies würde beispielsweise bedeuten, dass Baulandentwicklungen im Außenbereich (§ 35 BauBG) zukünftig nur  
16 noch erfolgen dürften, wenn - vor Schaffung des Planungsrechtes - mindestens ein Anteil von 50% des  
17 Bruttobaulandes an die Stadt Düsseldorf veräußert werden würde (liegenschaftliche Partizipation). Ein 100%  
18 kommunaler Anteil sollte aber auch möglich sein.
- 19 **Detaillierte Ziele sind beispielsweise:**
- 20 •
- 21 Schlussendlich verfügt beispielsweise die Stadt Münster seit 2014 über ein solches Konzept.  
22 Gleichzeitig soll die Stadt, um nachfolgenden Generationen mehr Gestaltungsspielräume zu bieten, öfter  
23 Grundstücke auch im sog. Erbpachtverfahren veräußern. Dies bedeutet, dass die Grundstücke für einen  
24 gewissen Zeitraum dem Pächter überlassen werden. Erbpachtverträge können bis zu 99 Jahren gelten. Aber bei  
25 einem return of investment von 15-20 Jahren, je nach Immobilie, kann der Vertragszeitraum auch gut 30 Jahre  
26 betragen. Nach dieser Zeit fällt das Grundstück wieder an die Stadt zurück. Andere große und begehrte  
27 Kommunen wie Köln oder München betreiben dieses nachhaltige Modell ebenfalls. In boomenden Kommunen  
28 schreckt dieses Modell keine Investoren ab.
- 29 Selbstverständlich sind die bereits vorhandenen Teilkonzepte unter dem Dach des HKW inhaltlich aufeinander  
30 abzustimmen.
- 31 Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.
- 32 Dana Khosravi                      David Miga  
33 Vorsitzende                              stellv. Vorsitzender

## Antrag 6

Antragsteller: AG 60plus Düsseldorf

Adressat:

- Erledigt durch Übernahme in Fassung der AK in Antrag 1 -

## VERBESSERUNG DER STEUERGERECHTIGKEIT

### Ausgangssituation

Ungleichverteilung von Einkommen und insbesondere Vermögen. Das Nettovermögen hat sich gemäß der Vermögensstatistik der Bundesbank zwischen 1991 und 2012 mehr als verdoppelt und dürfte bald die 10 Billionengrenze überschreiten. Dies entspricht etwa dem 3,7-fachen des jährlichen Bruttoinlandsproduktes.

Die Einkommensungleichheit nach Steuern und Transfers mit einem Gini-Faktor von 0,28 ist weitaus geringer als die mit einem Gini-Faktor von 0,78, einem hohen Niveau. Es zeigt sich, dass das Vermögen am oberen Ende der Verteilung konzentriert ist. In Deutschland besitzen die Reichsten 10% mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens; eine sehr ungleiche Verteilung. Dagegen hatten 28% aller Personen kein Nettovermögen oder waren sogar nettoverschuldet.

Macht und Einfluss immer stärker konzentrierter Vermögen sind zu begrenzen

### Vorschläge zur Änderung des Steuersystems:

#### 1. Erhöhung der Spitzensteuersätze.

Nach jahrelanger Senkung von 53% über 48,5% auf nur noch 45% ab 254446 EUR jährlichen Nettosteureinkommens ist eine höhere Besteuerung der Reichen auf mindestens 48% absolut notwendig, da eine aufwendige Vermögenssteuererhöhung nicht erfolgt.

#### 2. Wegfall der kalten Progression (fiskalische Dividende)

Insbesondere der Mittelstand und die Arbeitnehmer sind von den Auswirkungen des progressiven Steuertarifs mit Belastungen in Höhe von ca. 6 Mrd. EUR betroffen. Eine Anpassung an die Preissteigerungsrate und die durchschnittliche Einkommensentwicklung durch Indexierung ist nötig.

#### 3. Erhöhung der Kapitalertragssteuer.

Um eine gleichmäßigere Belastung von Erträgen aus Kapital und Arbeit zu erreichen, sollte die Abgeltungssteuer von 25% auf 30% erhöht werden. In einem späteren Schritt könnten Kapitalerträge wieder mit dem persönlichen Steuersatz erfasst werden. Dies setzt voraus, dass der internationale Austausch der Daten über Kapitaleinnahmen zur Vermeidung von Steuerflucht auch funktioniert.

#### 4. Mindestbesteuerung für ausländische Großkonzerne

Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Inland, sowie der Bekämpfung von Steuerverlagerung in Steueroasen sollte die Anerkennung von Zinszahlungen und Lizenzen begrenzt und eine Mindestbesteuerung der in der BRD erzielten Umsätze und Gewinne erfolgen.

1 5. Europäische Aktivitäten

2

3 Zur Belastung von Finanzspekulationen sollte die Finanztransaktionssteuer europaweit  
4 verabschiedet werden.

5 Der inzwischen in Deutschland verbotene Cum-ex-Trade, bei der eine mehrfache Erstattung von  
6 nur einmal abgeführten Kapitalertragssteuer bei Dividendenzahlungen erfolgt, muss auch  
7 international unterbunden werden. Die verantwortlichen Banken sind zum Schadenersatz zu  
8 verpflichten.

9

10 Die sich ergebenden Steuermehreinnahmen sind notwendigerweise in öffentliche

11 Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur zu investieren.

## 1 Antrag 7

2  
3  
4 **Antragsteller: UB-Vorstand + OV Flingern**  
5 **Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag**  
6 **- Erledigt durch Übernahme in Antrag 1 -**  
7

## 8 FORTFÜHRUNG DER ENTFLECHTUNGSMITTEL

9 **Die Kommunen in NRW benötigen dringend die Weiterführung der Entflechtungsmittel als**  
10 **Verkehrsinfrastrukturförderung. Nur so haben die Kommunen in NRW die notwendige Planungs-**  
11 **und Finanzierungssicherheit für die anstehenden zentralen Zukunftsaufgaben im Bereich ÖPNV und**  
12 **kommunalen Straßenbau. Bund und Länder werden aufgefordert, zeitnah eine Fortschreibung des**  
13 **bis 2019 befristeten Entflechtungsgesetzes zu vereinbaren. Ähnlich wie bei den**  
14 **Regionalisierungsmitteln soll ein auskömmliche Aufstockung und Dynamisierung der Mittel**  
15 **vereinbart werden. Das Land NRW wird aufgefordert, wie schon 2014, die Mittel für den ÖPNV und**  
16 **den kommunalen Straßenbau zweckzubinden.**

### 17 **Begründung**

#### 18 **1. Was sind Entflechtungsmittel?**

19 Das Entflechtungsgesetz wurde 2007 im Rahmen der Föderalismusreform I geschaffen. Es soll die Finanzierung  
20 für Gemeinschaftsaufgaben sicherstellen, die bis dahin von Bund und Ländern gemeinsam wahrgenommen  
21 wurden. Dies betrifft insbesondere Mittel für Verkehrsinvestitionen im Bereich ÖPNV und kommunalen  
22 Straßenbau. Im Jahr 2014 lief die Zweckbindung der Mittel aus, insgesamt ist das Gesetz bis 2019 befristet.  
23

#### 24 **2. Für was wurden sie bisher genutzt und warum sind sie für die Zukunft so wichtig?**

25 Die Entflechtungsmittel werden bisher für den Ausbau der kommunalen Verkehrswege und des Öffentlichen  
26 Personennahverkehrs (ÖPNV) genutzt. Die Einigung zur Zukunft der Regionalisierungsmittel und zur  
27 Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) ist ein wichtiger Schritt bei der Herstellung  
28 von Planungssicherheit für die Städte und Gemeinden in NRW. Die Entflechtungsmittel, die seit 2007 gezahlt  
29 werden, sind eine weitere notwendige Finanzierungssäule des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus.  
30

31 Diese Mittel werden am Beispiel der Landeshauptstadt Düsseldorf u.a. für folgende Maßnahmen benötigt:

- 32 - Optimierung der ÖPNV-Schienenerschließung des Universitätsgeländes durch die Stadtbahnverlängerung
- 33 - Weiterer Ausbau von Straßenbahn- und Stadtbahnlinien
- 34 - Erneuerung der Leit- und Sicherheitstechnik im ÖPNV
- 35 - Ausbau barrierefreier ÖPNV-Haltestellen

36 Hierfür alleine hat beispielsweise die Stadt Düsseldorf einen Nachholbedarf der Investitionen von mehr als 100  
37 Mio. Euro, die sie zeitnah alleine aus städtischen Eigenmitteln nicht bereitstellen kann. Hinzu kommen weitere  
38 Aspekte und Maßnahmen:

- 39
- 40 - Maßnahmen zur Steigerung von Sicherheit und Service im ÖPNV, z.B. Ausbau dynamischer
- 41 Fahrtzielanzeigen
- 42 - Radverkehrsförderung
- 43 - Verkehrsanlagenumbau zur Erhöhung der Verkehrssicherheit



1 - Sanierung und Ersatzinvestitionen Brückenbauwerke

2 - Straßenbauliche Anpassungsmaßnahmen.

3 Umfassende und ähnliche Investitionsbedarfe bestehen in zahlreichen nordrhein-westfälischen und deutschen  
4 Kommunen. Die Kommunen fordern daher konsequenterweise eine Aufstockung der Entflechtungsmittel von  
5 bislang 1,34 Milliarden € auf 1,96 Mrd. € (rd. 2,0 Mrd.).

6

7 **3. Was ist die Konsequenz wenn die Entflechtungsmittel 2019 Mittel auslaufen bzw. keine Zweckbindung**  
8 **erfolgt?**

9 In den nächsten Jahren wird ein Anwachsen des Investitionsstaus im ÖPNV prognostiziert, der negative  
10 Auswirkungen auf die Attraktivität des Landes NRW als Wohn- und Wirtschaftsstandort haben kann. Die  
11 Klimaschutzziele im Verkehrsbereich erfordern einen massiven Ausbau des ÖPNV und auch der demografische  
12 Wandel im Zusammenhang mit der gewachsenen Mobilität älterer Menschen verlangt besondere  
13 Anstrengungen beim Thema Barrierefreiheit im ÖPNV. Auch der kommunale Straßenbau steht vor wichtigen  
14 Ersatzinvestitionen.

15

16 Die bewährten staatlichen Finanzhilfen sind auch in Zukunft unverzichtbar, um die prosperierenden  
17 Wirtschaftsstandorte sowie die Lebensfähigkeit und Attraktivität in den Städten zu sichern. Mit der  
18 Aufstockung um 700 Million auf 8 Milliarden Euro wurde im Fall der sogenannten Regionalisierungsmittel zur  
19 Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs ein gutes Ergebnis für die Länder erreicht. Mit der Erhöhung  
20 der Dynamisierungsrate von jährlich 1,8 Prozent (statt 1,5 wie bislang) erkennt der Bund die Entwicklung der  
21 Kostenstruktur im öffentlichen Schienennahverkehr an. Dies ist ein erster wichtiger Schritt zur Stärkung des  
22 ÖPNV.

23 Die Planungs- und Finanzierungssicherheit für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur der Städte ist jedoch  
24 seit Jahren strukturell unterfinanziert. Ohne eine umgehende Entscheidung im Sinne weiterer Maßnahmen  
25 wird daher grundsätzlich zu den bestehenden Defiziten bei der Infrastrukturfinanzierung auch ein strategisches  
26 Planungs- und Finanzierungsproblem entstehen, das zukünftige Projekte des ÖPNV-Ausbaus, der  
27 Brückensanierung und des Straßenerhalts infrage stellen könnte.

28 Vielen Städten fehlt schon seit Jahren das Geld zum Erhalt von Straßen, Brücken und ÖPNV-Anlagen. Schon  
29 heute ist die Verkehrsinfrastruktur unterfinanziert, mancherorts mangelhaft und sorgt für unnötige Staus,  
30 Umwege und Wartezeiten. Das gefährdet nachhaltig die Zukunftsentwicklung von prosperierenden  
31 Wirtschaftsstandorten in NRW und Deutschland.

32 Der Deutsche Städtetag und das Deutsche Institut für Urbanistik sehen bei der Verkehrsinfrastruktur einen  
33 Nachholbedarf bundesweit von rd. 7,2 Mrd. € jährlich. Deutschland und hier insbesondere NRW sind Export-  
34 und Transitländer. Um das Verkehrsnetz zu erhalten, führt kein Weg daran vorbei, den Städten mehr Geld für  
35 die Erhaltung und Weiterentwicklung der Verkehrsnetze zur Verfügung zu stellen. Der Staat muss seiner  
36 Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Daseinsvorsorge gerecht werden. Dazu sind  
37 kurzfristig politische Entscheidungen unabdingbar. Nur so lassen sich die akuten Verkehrsprobleme schnell,  
38 spürbar und nachhaltig entschärfen.

39

40

# RESOLUTION

## SOLIDARITÄT MIT DEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN VON »REAL«!

**Die SPD Düsseldorf erklärt ihre Solidarität mit den für den Verbleib im Einzelhandelsstarifvertrag kämpfenden Kolleginnen und Kollegen vor »real« und verurteilt jede Form von Tarifflicht.**

### **Begründung:**

Am 17. Juni 2015 ist die Firma »real« (Tochter der Metro Group) aus dem Tarifvertrag des Einzelhandels ausgestiegen. Sie nennen den Tarifvertrag einen Wettbewerbsnachteil und

- verlangen die Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes um 75 Prozent

(das bedeutet für eine Verkäuferin in der tariflichen Endstufe einen Verlust von 2050 Euro im Jahr).

- fordern die Aussetzung der Tariferhöhungen und des Durch- und Aufstiegs in den Berufsjahren bis Ende 2017.

- wollen die Absenkung der Nachtzuschläge in der Zeit von 20 Uhr bis 22 Uhr von 50 bzw. 55 Prozent auf 20 Prozent.

- möchten 12 bis 17 Märkte schließen.

usw. usw.

Betroffen sind 38.000 Kolleginnen und Kollegen bei »real«. Was 2050 Euro pro Jahr für Kollegen heißt, kann jeder nachvollziehen. Die Gesamtsumme der Einsparungen, die von den Kolleginnen und Kollegen verlangt wird beträgt ca. 400 Millionen Euro.

Wie ihre Kolleginnen und Kollegen bei Amazon, Toys-r-us, und vielen anderen Betrieben setzten sich die Beschäftigten zur Wehr und verteidigen den Tarifvertrag und ihre Lebensbedingungen.

Diese Situation ist die Folge davon, dass Anfang der 2000er die Arbeitgeber des Einzelhandels die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge aufgekündigt haben und scharenweise die Tarifverträge verlassen. Im Tarifvertrag sind inzwischen in Deutschland nur noch 28% (West) und 18% (Ost).

Das ist eine unhaltbare Situation, die schleunigst durch Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung beendet werden muss. Die letzten Verbesserungen des Arbeitsministeriums sind ein Schritt nach vorne aber reichen bei weitem nicht aus.

# 1 RESOLUTION

2

## 3 SPD DÜSSELDORF AN DER SEITE DER 135 KOLLEGINNEN UND 4 KOLLEGEN VON »STOCKHEIM«, DIE AM FLUGHAFEN VON 5 ARBEITSLOSIGKEIT BEDROHT SIND.

6

7 Mit der »gewonnenen« Ausschreibung über die Bewirtschaftung von neun Gastronomieobjekten am  
8 Düsseldorfer Flughafen übernimmt »SSP« (SSP The Food Travel Experts / SSP Financing UK Limited) alle bisher  
9 von »Stockheim« betriebenen Objekte.

10 Das System der Ausschreibung entspricht dem der Privatisierung bzw. des Outsourcings und entbindet die  
11 Betreiber von Flughäfen, Bahnhöfen, Messen, Kantinen etc., Betrieben und Verwaltungen, die in der Regel  
12 tarifvertraglich garantierte Arbeitsverträge anbieten, von der Beschäftigung der entsprechenden  
13 Berufsgruppen in Speisenproduktion und -verkauf etc. zu eben diesen tarifvertraglich garantierten  
14 Bedingungen.

15 Für die Beschäftigten bei Stockheim am Flughafen Düsseldorf bedeutet die üblicherweise im  
16 Siebenjahresrhythmus stattfindende Ausschreibung, dass sie keine darüberhinausgehende  
17 Arbeitsplatzsicherheit haben. Sie befinden sich in bestimmter Hinsicht in einem Arbeitsverhältnis, das dem  
18 unter dem Regime des Werkvertrages ähnelt.

19 Damit verbunden entfällt in jede Besitzstandswahrung bei Betreiberwechsel, da ein Betriebsübergang im Sinne  
20 von § 613 a BGB nicht stattfindet.

21 Es muss nicht betont werden, dass die jeweiligen Ausschreibungen zunächst dem ausschreibenden Betrieb  
22 bzw. der Verwaltung dazu dienen, Einnahmen zu steigern oder Kosten zu minimieren, was in der Konsequenz  
23 nur über die Senkung der Löhne der beim Anbieter der Leistung beschäftigten Kolleginnen und Kollegen  
24 niederschlägt.

25 Die SPD Düsseldorf erklärt sich angesichts der Situation der 135 »Stockheim«-Kolleginnen und Kollegen am  
26 Düsseldorfer Flughafen, der nach wie vor hälftig in Trägerschaft der Landeshauptstadt ist, solidarisch mit den  
27 Beschäftigten und fordert als erste Maßnahme und sofort »SSP« öffentlich auf, die bisherige »Stockheim«-  
28 Belegschaft unbefristet und zu den bisherigen arbeitsvertraglich und haustarifvertraglich festgelegten  
29 Bedingungen unter Wahrung und Fortschreibung ihrer erworbenen Besitzstände zu übernehmen.

30 Antragsteller: AfA

31 Bevollmächtigter: H.-W: Schuster